

Wirtschaftspapier der SP Stadt Zürich

DAS WIRTSCHAFTS- ZENTRUM ZÜRICH ALS LABOR FÜR DIE ZUKUNFT

Beschlossen von der GL der SP Stadt Zürich am 5. Oktober 2017



INHALT

1. Ausgangslage	2
Zürich heute	2
Die Stärken Zürichs	3
2. Die wichtigsten Herausforderungen	4
Digitalisierung und Globalisierung	4
Diskussion: Technologischer Fortschritt und Arbeitsplätze	5
Diskussion: Flexibilisierung – Fluch oder Segen?	5
Arbeit für alle	6
Offener Arbeitsmarkt	6
Soziale Absicherung	6
Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit	7
Diskussion: Wachstum und Umweltschutz	7
Wirtschaftsförderung	7
Diskussion: Schädlicher Standortwettbewerb?	8
Finanzplatz Stadt Zürich	8
Diskussion: Finanzplatz mit Nebenwirkungen	9
Finanz und Steuerpolitik	10
3. Fazit	11

1. AUSGANGSLAGE

Zürich heute

Als Wirtschaftsstandort ist die Stadt Zürich sehr attraktiv. Sie verfügt über eine gut ausgebildete Bevölkerung. Branchen mit hoher Wertschöpfung sind hier ansässig und profitieren von einer ausgezeichneten öffentlichen Infrastruktur. Ende 2014 existierten in der Stadt Zürich gut 42'000 Betriebe mit knapp 460'000 Angestellten. Gut 93% von ihnen sind im Dienstleistungssektor tätig, noch 7% im Industriesektor.¹ Das Beschäftigungsvolumen nimmt laufend zu. Stadt und Kanton Zürich sind damit weit über ihr Gebiet hinaus eigentliche „Motoren“ der Volkswirtschaft. Finanziell steht die Stadt Zürich heute sehr gut da. Ihr Eigenkapital beträgt über eine Milliarde Franken.

Die Stadt Zürich ist politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich eng vernetzt, auf nationaler wie internationaler Ebene. Als nationale Metropole ist sie ein Brennpunkt gesellschaftlicher Herausforderungen. Als globaler Wirtschaftsstandort wird sie beeinflusst von internationalen wirtschaftlichen Veränderungen.

Und als Gemeinde im Kanton Zürich ist sie abhängig von den politischen Entscheidungen auf kantonaler und nationaler Ebene, so etwa in der Steuerpolitik. Entsprechend sind viele Herausforderungen nicht hausgemacht und lassen sich nur schwer vorhersehen. Dennoch hat es die Stadt Zürich immer wieder geschafft, sich veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Die Stadt Zürich ist aber nicht nur abhängig von der Welt. Sie spielt in ihr auch eine Rolle. Als grösste Schweizer Stadt kann sie Einfluss auf die Meinungsbildung bei Kanton und Bund nehmen. Jedoch ist es stossend, dass der institutionelle Einfluss Zürichs auf nationaler Ebene gering ist. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt Zürich über Organisationen wie den Städteverband ihre Mitbestimmung auf Bundesebene ausbaut. Im eigenen Einflussbereich bemüht sich die Stadt darum, einen Beitrag zur Bewältigung globaler Fragen zu leisten, zum Beispiel in der Umwelt oder Flüchtlingspolitik. Damit kann die Stadt Zürich auch Vorbild sein für andere Gemeinwesen.

¹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 2017, Seite 106. Ende 2016 betrug die Arbeitslosenquote in der Stadt Zürich 4,2%.

Die Stärken Zürichs

Zu den wichtigsten Stärken Zürichs gehören die ausgezeichnete Lebensqualität, eine gute öffentliche Infrastruktur, eine intakte Umwelt und der gesellschaftliche Ausgleich. Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten an öffentlichen Hoch- und Fachhochschulen sind hervorragend. Die Stadt Zürich bietet vielen Menschen einen attraktiven Lebensraum. Davon profitieren auch die Zürcher Unternehmen als Arbeitgeber_innen oder als Anbieter_innen von Gütern und Dienstleistungen. Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor des Wirtschaftsstandortes ist seine Offenheit. Zürich ist Menschen und Ideen aus aller Welt gegenüber aufgeschlossen.

Ihre Position verdankt die Stadt Zürich auch vorteilhaften Rahmenbedingungen und glücklichen Umständen. Dazu gehören die zentrale Lage der Schweiz in Europa sowie die attraktive Umgebung. Wichtig sind weiter die historische Entwicklung und die Tatsache, dass die Schweiz von beiden Weltkriegen verschont blieb. Nicht zuletzt kann Zürich auch auf den richtigen politischen Weichenstellungen der Vergangenheit und insbesondere der rotgrünen Mehrheit der letzten 25 Jahre aufbauen.

Die öffentlichen Infrastrukturen – in den Bereichen Verkehr, Bildung, Kinderbetreuung, Wohnen, Energieversorgung und Kultur – bilden das Rückgrat der Zürcher Gesellschaft und Wirtschaft.

Gemeinsam mit Partner_innen erbringt die öffentliche Hand diese Leistungen effizient und zum Nutzen der gesamten Gesellschaft. Die Stadt Zürich hat ihren Infrastrukturen in den letzten Jahren stets Sorge getragen und sie – beispielsweise im Energie oder im Gesundheitsbereich – erfolgreich gegen Angriffe von rechts verteidigt.

Die finanziell stabile Lage ist mittlerweile ebenfalls eine Stärke der Stadt. Nicht nur konnte die rotgrüne Mehrheit den Bilanzfehlbetrag der 1990er Jahre in ein ansehnliches Eigenkapital umwandeln. Gleichzeitig hat sie wichtige ausstehende Investitionen realisiert. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man die schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen kennt: Erinnerung sei an die empfindlichen Einbussen durch den Steuerausfall der Banken nach der Finanzmarktkrise oder an verschiedene Steuersenkungen auf kantonaler Ebene, zum Beispiel die Abschaffung der Handänderungssteuer.

Eine Gesellschaft ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Die Stadt Zürich bemüht sich darum, dass alle Bevölkerungsgruppen am Wohlstand teilhaben können. Dazu tragen eine funktionierende soziale Absicherung, gezielte Investitionen in die Stadtentwicklung, ein hochstehender Service Public und für alle Einkommen bezahlbarer Wohnraum bei.

2. DIE WICHTIGSTEN HERAUSFORDERUNGEN

Aufgrund ihrer engen Vernetzung mit der Agglomeration, dem Kanton, der Schweiz und der Welt ist die Stadt Zürich exponiert gegenüber politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen auf allen Ebenen. Zu den wichtigsten anstehenden Herausforderungen zählen für Zürich die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (insbesondere die Öffnung des Arbeitsmarktes, der Technologiewandel und die demografische Entwicklung), die Entwicklung des Finanzplatzes sowie die Finanz- und Steuerpolitik, die nicht zu trennen ist von der zunehmenden sozialen Ungleichheit. Die weltweit grösste Herausforderung stellen – auch aus wirtschaftlicher Perspektive – Klimawandel und drohender ökologischer Kollaps dar. Auch auf städtischer Ebene müssen hier Massnahmen entwickelt werden, um den ökologischen Umbau zu beschleunigen und nachhaltige Formen des Wirtschaftens zu entwickeln. Weltweit tiefere Wachstumsprognosen, die Verschiebung des Wachstums nach Osten und globale wirtschaftliche Verwerfungen rufen nach Lösungen. Die SP ist der Meinung, dass die Stadt Zürich als ökonomisches Zentrum und Labor hier sowohl die Pflicht als auch das Know-How hat, die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Globalisierung und Digitalisierung

Was bedeutet die Globalisierung der Arbeitswelt für die Arbeitsplätze in der Stadt Zürich? In welchen Branchen wurden und werden Stellen ins Ausland verschoben? Welche Jobs werden künftig Computer erledigen? Die Antwort auf diese Fragen wird uns erst die Zukunft liefern. Fest steht, dass sich der Zürcher Arbeitsmarkt weiter verändern wird. Die fortschreitende Globalisierung sowie die Digitalisierung werden sowohl die Anforderungen an die Arbeitnehmenden wie auch die Art und Anzahl der Arbeitsplätze betreffen. Es darf aber nicht sein, dass negative Folgen einseitig auf die Arbeitnehmenden überwältigt werden. Die Mitsprache der Arbeitnehmerverbände ist auszubauen: Sie dürfen nicht erst dann zum Zug kommen, wenn es gilt, einen Sozialplan zu unterzeichnen.

Um genauer zu wissen, wie sich der Arbeitsmarkt verändert, wäre es wünschbar, wenn Stadt und Kanton ein entsprechendes Monitoring des Arbeitsmarktes lancieren. Dann wüssten wir mehr darüber, in welchen Bereichen Arbeitsplätze verloren gehen, wo ältere Personen ihre Stellen verlieren oder wo Festangestellte durch temporäre Arbeitskräfte ersetzt werden. Dies wäre grossem Interesse für

die Politik ebenso wie für die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände.

Gerade im Dienstleistungssektor gibt es zahlreiche Niedriglohnbereiche. Dies gilt insbesondere für den Bereich der persönlichen Dienstleistungen. In der Heimpflege haben sich Modelle mit ausländischen Pflegerinnen etabliert, die zu tiefsten Löhnen und unter prekären Arbeitsbedingungen tätig sind. Auch Sans-Papiers arbeiten oft für wenig Geld und unter grosser Unsicherheit. Im Detailhandel oder in der Gastronomie sind die Löhne generell tief und die Arbeitszeiten oft unregelmässig. Die Stadt Zürich hat eine Verpflichtung gegenüber allen diesen Arbeitnehmer_innen, die täglich wichtige oder gar lebensnotwendige Dienstleistungen erbringen. Diese Verantwortung nimmt sie wahr, indem zum Beispiel Kinderkrippen gefördert werden, die rund um die Uhr und auch am Wochenende geöffnet sind. Auch Tagesschulen können für die betroffenen Arbeitnehmer_innen Erleichterung bringen.

Auch in Zukunft wird es genügend sinnvolle Arbeit geben, beispielsweise im Pflegebereich, wo der Bedarf ausgewiesen ist. Die Frage stellt sich jedoch, wie diese Arbeit bezahlt wird. Mit den richtigen Weichenstellungen müssen wir dafür sorgen, dass jede Arbeit existenzsichernd entlohnt wird und Arbeitnehmer_innen für freie Stellen ausreichend ausgebildet sind. Gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten – etwa in der Pflege und der Betreuung – müssen angemessen entschädigt werden. Dazu braucht es Gesamtarbeitsverträge und entsprechende Kontrollen. Um Arbeitslosigkeit zu verhindern, braucht es mehr Aus- und Weiterbildung. Entsprechende Strategien sind in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerverbänden zu erarbeiten. Auch Arbeitnehmer_innen über 45 haben ein Recht auf Weiterbildung. Der Bedarf nach Weiterbildung darf nicht als Schwäche ausgelegt werden.

Der Schutz der Arbeitnehmer_innen muss gewährleistet bleiben, damit nicht Gewinne auf dem Buckel der Schwächsten erzielt werden. Mit Besorgnis beobachten wir den Ersatz festangestellter Mitarbeitenden durch Temporäre. Immer wieder geht diese Praxis mit einer Umgehung der Gesamtarbeitsverträge einher. Für Fairness auf dem Arbeitsmarkt braucht es klare Mindeststandards und gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer_innen. Dies ist durch Arbeitsinspektor_innen regelmässig zu überprüfen.

Diskussion: Technologischer Fortschritt und Arbeitsplätze

Der technologische Fortschritt schafft neue Güter und Dienstleistungen sowie neuen Wohlstand. Es gehen aber auch bestehende Arbeitsplätze verloren; Menschen werden arbeitslos. Gleichzeitig entstehen neue – andere – Arbeitsplätze.

Mit unserer Politik müssen wir die Folgen des Strukturwandels sowohl auf der individuellen wie auch auf der gesellschaftlichen Ebene abfedern:

- Die Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich laufend aus- und weiterzubilden. Nur so sind möglichst viele von uns auf den strukturellen Wandel vorbereitet.
- Menschen mit geringer Qualifikation oder auch ältere Arbeitslosen müssen bessere Stelle Chancen und – wenn sie keinen Job finden – eine bessere soziale Absicherung erhalten.
- Gute Arbeitsbedingungen dürfen nicht dem Strukturwandel geopfert werden. Niedriglöhne und prekäre Arbeitsplätze sind die falsche Antwort auf veränderte technologische Rahmenbedingungen.

Diskussion: Flexibilisierung – Fluch oder Segen?

Die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten fordert Politik und Gesellschaft heraus. Neuartige Geschäftsmodelle wie Privattaxidienste (Uber), Übernachtungsplattformen (Airbnb) oder Arbeitsvermittlungsdienste in den Bereichen Haushalt und Dienstleistungen bieten zwar Möglichkeiten für Einzelne, zugleich umgehen sie bestehende Regulierungen. Scheinselbständigkeit ist aber auch in anderen Branchen ein Problem.

Wir brauchen einen sinnvollen Umgang mit gesellschaftlichen und technischen Veränderungen der Arbeitswelt. Dies gilt beispielsweise bei der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten. Viele Läden sind heute spätabends und am Wochenende geöffnet, was auch einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig darf die Flexibilisierung nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmenden realisiert werden.

- Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Die SP setzt sich für flankierende Massnahmen zur Flexibilisierung ein. Die Politik muss klare Vorgaben machen. So müssen zum Beispiel gleich lange Spiesse geschaffen werden, was die Sozialversicherungen angeht: Es darf nicht sein, dass mit rechtlichen „Tricks“ scheinselbständige Arbeitsverhältnisse entstehen, für die keine Sozialversicherungsabgaben bezahlt werden.
- Anstatt einer zunehmenden Entgrenzung der Arbeitszeit setzt die SP auf Arbeitszeitverkürzung: Diese schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern ermöglicht auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Arbeit für alle

Die SP steht dafür ein, dass möglichst alle Menschen einer bezahlten Arbeit nachgehen können, um ihr Geld selber verdienen zu können. Dafür müssen Hürden abgebaut werden, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für bestimmte Gruppen erschweren. So hat sich die Lehrstellensituation zwar in den letzten Jahren entspannt, was die Anzahl offener Lehrstellen angeht. Ein Teil der Jugendlichen fällt aber noch immer durch die Maschen – trotz zahlreicher Aktionen wie zum Beispiel dem „Last Call“. Hier muss die Stadt aufmerksam bleiben. Dies auch deshalb, weil die Anzahl Kinder und Jugendlicher, die in der Stadt wohnen, ständig steigt. Nicht leicht ist die Lehrstellensuche weiterhin für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Anonymisierte Bewerbungen schaffen für diese Gruppe neue Möglichkeiten. Gleichzeitig braucht es Massnahmen zugunsten älterer Arbeitnehmer_innen. Für diese hat sich die Situation in den letzten Jahren verschärft: Verlieren sie ihre Stelle, sinken die Chancen auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Auf nationaler Ebene hat die SP eine Liste von Massnahmen entwickelt, um Arbeitnehmer_innen über 50 vor Entlassung und Arbeitslosigkeit zu schützen.² Die demografische Entwicklung verschärft die Dringlichkeit dieser Thematik.

Menschen mit Behinderung haben sehr viel tiefere Chancen, eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Um die Inklusion zu fördern, braucht es Quoten in Verbindung mit finanziellen Anreizen, wie sie beispielsweise in der Berufsbildung bereits bestehen.³

In der Schweiz sind bezahlte und unbezahlte Arbeit immer noch sehr ungleich verteilt. Entsprechend kann die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt weiter erhöht werden. Dazu gilt es, Familie und Beruf endlich besser vereinbar zu machen und die bezahlte Arbeit gerechter zu verteilen. Dafür braucht es nicht zuletzt mehr Teilzeitstellen für Männer. Ebenso sind Betreuungsangebote in Krippen und Tages-schulen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn Frauen stärker im Arbeitsmarkt integriert sind, verbessert dies auch ihre Position in der Altersvorsorge. Ebenso muss die Frage der Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) endlich wieder ernsthaft diskutiert werden. Denn auch die Verkürzung der Arbeitszeit schafft Arbeitsplätze und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur verbesserten Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf.

Offener Arbeitsmarkt

Seit die Bilateralen Verträge in Kraft getreten sind, hat die Zuwanderung aus EU-Staaten stark zugenommen. SP und Gewerkschaften haben auf nationaler Ebene flankierende Massnahmen durchgesetzt, um den Arbeitsmarkt in der Schweiz zu schützen. Dazu gehören insbesondere die erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen sowie die Durchsetzung des „Vor-Orts-Prinzips“: An einem Ort muss für die gleiche Arbeit derselbe Lohn bezahlt werden. So gelten auf Schweizer Baustellen Schweizer Löhne. Zumindest in den Anfangsjahren der Personenfreizügigkeit ist es damit gelungen, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu dämpfen, insbesondere die Verdrängung inländischer Arbeitnehmer_innen durch ausländische Arbeitssuchende. Dennoch kommt es immer wieder zu Dumping. Auch die Handhabung der Bewilligungen für Arbeitnehmer_innen aus Drittstaaten ist intransparent. Im Kanton Zürich ist problematisch, dass Löhne und Arbeitsbedingungen zu wenig kontrolliert werden und daher immer wieder Missbrauch vorkommt. Die Stadt Zürich muss hier weiterhin Druck auf die zuständigen kantonalen Stellen ausüben.

Für ausländische Arbeitskräfte ist die Situation im Moment ungewiss, da die Zukunft der Bilateralen Verträge nicht gesichert ist. Ebenfalls nicht gelöst ist die Situation für viele Arbeitnehmer_innen mit ausländischen Abschlüssen. Diese werden in der Schweiz häufig nicht anerkannt. Das führt dazu, dass viele qualifizierte Arbeitskräfte nicht in ihren angestammten Berufen tätig sein können.

Soziale Absicherung

Es wird immer Menschen geben, die ihre Existenz aufgrund ihrer individuellen Situation nicht oder nur teilweise über ein Erwerbseinkommen finanzieren können. Diese Menschen müssen sozial abgesichert werden. Die bürgerlichen Parteien behaupten gerne, soziale Absicherung und Vollbeschäftigung würden sich gegenseitig ausschliessen, da soziale Sicherheit den Zwang verringere, um jeden Preis eine Arbeit anzunehmen. Dies sagt wenig aus über die Realität, aber umso mehr über das Menschenbild der Bürgerlichen. In Wirklichkeit verhält es sich umgekehrt: Ein durch Minimalstandards abgesicherter Arbeitsmarkt und ein engmaschiges soziales Netz ergänzen sich gegenseitig. Ersterer sorgt für existenzsichernde und faire Löhne für einen Grossteil der Bevölkerung

² Vgl. <https://www.sp-ps.ch/de/thema/aeltere-arbeitnehmende>

³ Vgl. http://www.mba.zh.ch/internet/bildungsdirektion/mba/de/personal_finanzen/berufsbildungsfonds.html

und finanziert so auch unsere Sozialwerke. Das soziale Netz sichert Menschen ohne Arbeit ab und sorgt in besonderen Situationen für die notwendige finanzielle Unterstützung.

Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit

Der Erhalt von bestehenden und die Schaffung

neuer Arbeitsplätze erfordert im heutigen Wirtschaftsmodell Wachstum. Doch sind wir uns bewusst, dass dieses Wachstum schwerwiegende Folgen für die Umwelt hat. Dieser Diskussion dürfen wir uns nicht verschliessen. Wir brauchen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das die natürlichen Ressourcen schont.

Diskussion: Wachstum und Umweltschutz

Die aktuelle Wirtschaft braucht Wachstum, um Wohlstand zu erzeugen und Arbeitsplätze zu schaffen. Zugleich verbraucht Wirtschaftswachstum unsere natürlichen Ressourcen und schadet der Umwelt.

Wir müssen den Verbrauch an Ressourcen auch in der Stadt Zürich reduzieren. Dies wird nicht ohne Veränderungen unserer Lebensweise gehen – zum Beispiel in den Bereichen Wohnen, Verkehr oder Konsum. Der ökologische Umbau der Wirtschaft muss aber keinen Verlust an Wohlstand und Arbeitsplätzen nach sich ziehen.

- *Wir gehen davon aus, dass der ökologische Umbau auch neue Arbeitsplätze schafft, zum Beispiel im Bau- und im Energiebereich.*
- *Dort, wo diese Jobs andere, neue Qualifikationen als die „alten“ Arbeitsplätze erfordern, müssen wir mit Weiterbildungsoffensiven, Umschulungen und spezifischen Fortbildungsmöglichkeiten aktiv werden.*

Wirtschaftsförderung

Arbeitsplätze werden nicht nur durch Wachstum bestehender Firmen, sondern auch durch Innovation geschaffen. Die Stadt Zürich hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft Orte zur Verfügung zu stellen, wo innovative Köpfe sich treffen und Ideen entstehen können. In der Stadt Zürich werden immer wieder innovative Firmen gegründet. Diese werden häufig nach einigen Jahren von grösseren Firmen aufgekauft, die sich so Know-How und Patente sichern.

Natürlich geht es bei der Wirtschaftsförderung auch um Räumlichkeiten und um Geld. Was die besonderen Bedürfnisse von KMU angeht, verweisen wir auf das Positionspapier der SP Stadt Zürich „Für eine gewerbefreundliche Stadt“. Die Suche nach Investor_innen gestaltet sich für Neugründer_innen oft schwierig. Der Zugang zu Krediten muss für Hightech-Spin-Offs der Hochschulen genauso gewährleistet werden wie für Einpersonetriebe

im Dienstleistungsbereich. Eine Möglichkeit, um insbesondere Kleinstunternehmen zu unterstützen, sind Mikrokredite. Die von der Stadt Zürich mitfinanzierte Organisation GO! prüft Geschäftsideen und Businesspläne und vermittelt Mikrokredite der Zürcher Kantonalbank. Die Rückzahlungsquote liegt bei etwa 95%. 85% der Unternehmen, die mit einem via GO!⁴ erhaltenen Mikrokredit gegründet wurden, bestehen noch immer. Fast 50% der Mikrokredite werden an Migrant_innen vergeben, was einerseits mit einer erhöhten Risikobereitschaft zu tun hat, andererseits aber auch damit, dass viele ausländische Berufsabschlüsse in der Schweiz nicht anerkannt werden.

⁴ Vgl. <http://www.mikrokredite.ch>

Diskussion: Schädlicher Standortwettbewerb?

Zürich befindet sich im Wettbewerb mit anderen Standorten. Unternehmen wechseln ihren Sitz nicht zuletzt aufgrund tieferer Steuern oder Löhne am neuen Standort. Doch dies sind nur zwei von vielen Faktoren. Die Strategie der Stadt Zürich kann und darf keine Dumpingstrategie sein. Wenn die Stadt durch die Ansiedelung eines Unternehmens neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gewinnt, so geschieht dies auf Kosten eines anderen Standorts, zulasten der öffentlichen Hand und der Arbeitnehmer_innen vor Ort.

Die Stadt Zürich soll sich als Standort primär durch positive Eigenschaften – etwa gute Ausbildung der Arbeitskräfte – auszeichnen, und nicht durch tiefe Steuern.

- Wir beteiligen uns nicht am ruinösen Steuerwettbewerb, sondern setzen uns auf allen Ebenen für faire Wettbewerbsbedingungen und für Steuerharmonisierung ein.
- Indem die Stadt Zürich Unternehmensgründungen und Innovationen fördert und nicht in erster Linie bestehende Unternehmen aus anderen Gegenden anzieht, trägt sie zum Wohlstand über die Stadtgrenzen hinaus bei. Diese Überzeugung muss auch die Aktivitäten der Standortförderung leiten.

Finanzplatz Stadt Zürich

Nicht zuletzt dank zahlreicher Hollywoodfilme wird der Bankenplatz Schweiz oft mit Zürich assoziiert. Die Bedeutung der Finanz- und Versicherungsbranche für unsere Stadt ist unbestritten: aufgrund der Anzahl Arbeitsplätze, des Steueraufkommens und des internationalen Austauschs. Für die SP ist es zentral, dass der Finanzplatz Zürich in eine nachhaltige Zukunft gesteuert wird. Dazu braucht es einen tiefgreifenden Kulturwandel: Kurzfristige Gewinnmaximierung ist durch langfristige Unternehmens- und Wirtschaftsziele zu ersetzen. Die Lohnpolitik muss endlich transparent werden; falsche Anreizsysteme – die nicht zuletzt auch die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber untergraben – sind abzuschaffen. Diese Veränderungen – bei denen die Arbeitnehmerverbände aktiv einbezogen werden müssen – liegen auch im Interesse der Arbeitnehmenden. Kurzfristige Spekulationen auf unsicherer rechtlicher Grundlage sollen langfristigen und nachhaltigen Finanzprodukten weichen, bei welchen die Schweiz bereits jetzt eine Pionierrolle eingenommen hat. Für uns gilt heute wie in Zukunft: Die Banken und Versicherungen haben im Dienst der Gesellschaft zu stehen und nicht umgekehrt.

Die Finanzkrise 2008 sitzt uns allen noch in den Knochen: Spekulative Geschäfte brachten das Finanzsystem an den Rand des Kollapses. Nur dank massiver staatlicher Unterstützung konnte

Grossbanken und Versicherungen am Leben erhalten werden. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft waren immens, das Wachstum in vielen Ländern wurde abgewürgt. Insbesondere in Europa haben wir das Niveau vor der Krise noch nicht wieder erreicht. Viele Länder wurden anschliessend von einer Staatsschuldenkrise getroffen, welche die Rezession noch verschärfte. Die Schweiz als weltweit bedeutender Finanzplatz wurde von der Krise nicht verschont. Verschärfte Regulierungen sollen nun in Zukunft verhindern, dass sich der „Fall UBS“ wiederholt. Banken müssen in Zukunft mehr und stärkeres Eigenkapital halten und das ist gut so. Denn was in der Finanzkrise passiert ist, darf nicht nochmals passieren. Wir stellen auch fest, dass die Finanzwirtschaft dies gemerkt hat, bevor die bürgerlichen Parteien zur Vernunft gekommen sind. Entsprechend unterstützt die SP die Bemühungen von Teilen der Finanzwirtschaft, die Aktivitäten des Finanzplatzes transparenter und demokratischer zu gestalten.

Leider genießt der Finanzplatz auch ohne Bankenrettungsmassnahmen einen zwiespältigen Ruf. Unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses wurden jahrzehntelang Diktatorengelder gehortet und illegale Gelder gewaschen. Obwohl diese Tätigkeiten nur einen Bruchteil der gesamten Aktivitäten des Finanzplatzes ausmachten, wehrte sich die Finanzbranche lange Zeit gegen staatliche

Eingriffe. Auf nationaler Ebene hat sich die SP schon immer für eine effiziente und wirksame Regulierung des Finanzplatzes eingesetzt. Dabei ist auch die Entstehung neuer systemischer Risiken zu verhindern. Gleichzeitig wissen wir, dass die weiter oben geschilderten Entwicklungen – Globalisierung, Digitalisierung, Flexibilisierung – für viele Angestellte im Banken und Versicherungsbereich eine reale Bedrohung darstellen. Bereits sind zahlreiche Arbeitsplätze im „Backoffice“ verloren gegangen oder ausgelagert worden, insbesondere im Zahlungsverkehr. Es ist denkbar, dass es Banken und Bankarbeitsplätze, wie wir sie heute kennen, in Zukunft nicht mehr geben wird. Die SP setzt sich für Massnahmen zugunsten der Angestellten des Finanzplatzes ein, zum Beispiel für Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme. Es ist zwingend, dass die Personalverbände mitbestimmen können, wie die Branche mit der Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt im Banken- und Versicherungssektor umgeht. Wichtige Elemente sind beispielsweise die Mobilität innerhalb von

Unternehmen, die umfassende Unterstellung unter einen Gesamtarbeitsvertrag oder auch der Schutz von Whistleblower_innen.

Die SP Stadt Zürich fordert, dass öffentliche Institutionen für ihre Anlagen vermehrt auf nachhaltige und ethische Finanzprodukte setzen und problematische Investitionen ausschliessen.⁵ Die Stadt soll selber eine Vorreiterrolle in der Förderung von nachhaltigen Finanzprodukten einnehmen und sich auf nationaler Ebene für eine Reform der Anlagekriterien für Pensionskassen einsetzen. Es braucht eine Verpflichtung auf nachhaltige und ethische Anlagen mit einer expliziten Investitionsbandbreite. Natürlich gilt, dass die Stadt Zürich ihre Marktmacht auch in anderen Bereichen einsetzen soll: Die öffentliche Hand ist eine grosse Auftraggeberin. Entsprechend sollen Vergaben nach sozialen und ökologischen Kriterien erfolgen, gehe es nun um die Anlagen der städtischen Pensionskasse, um Granitsteine im Tiefbau oder um neue Uniformen für die Stadtpolizei.

Diskussion: Finanzplatz mit Nebenwirkungen

Der Standort Zürich profitiert – über Steuereinnahmen von Banken und Versicherungen wie auch ihrer Angestellten – vom Finanzplatz. Zugleich verursacht ein Teil der Angebote der Finanzinstitute Probleme für die Realwirtschaft. Dies gilt sowohl in der Schweiz wie auch in ärmeren Teilen der Welt, man denke beispielsweise an Immobilienblasen, an Spekulation mit Nahrungsmitteln oder Umweltzerstörungen (Staudämme, Abholzungen usw.)

Die SP setzt sich für eine effiziente Finanzmarktregulierung und einen transparenten und nachhaltigen Finanzplatz ein. Dabei müssen die Arbeitnehmerverbände eine aktive Rolle spielen.

⁵ Vergleiche beispielsweise die internationale Divestment-Kampagne, die sämtliche Investitionen in Öl- und Gas-Finanzprodukte ausschliesst (<http://fossil-free.ch/de/divestment/>).

Finanz- und Steuerpolitik

Der Spielraum der Stadt für eine eigenständige Finanz- und Steuerpolitik ist stark eingeschränkt. Ein grosser Teil des Staatshaushalts fliesst in Aufgaben und Pflichten, welche die Stadt aufgrund von übergeordneten Recht zu erbringen hat. Zwar weist die Rechnung der Stadt Zürich einen konsolidierten Gesamtaufwand von rund 9,2 Milliarden Franken aus. Davon kann die Stadt aber nur über einen kleinen Teil selbständig verfügen.

Die Finanzierung der städtischen Aufgaben erfolgt in erster Linie mit allgemeinen Steuermitteln. Die Höhe der Steuereinnahmen basiert auf der entsprechenden Gesetzgebung des Kantons und des Bundes. So störend die steuerliche Ungleichbehandlung von Erwerbs- und Kapitaleinkommen auch sein mag: Diese kann auf Gemeindeebene nicht behoben werden. Wir stellen aber fest, dass sie zur wachsenden sozialen Ungleichheit beiträgt. Nach wie vor profitieren Bodenbesitzer_innen unentgeltlich von planerischen Aufwertungen (Aufzonen) oder von besserer Erschliessung. Die Vorlage des Kantons zum Ausgleich des planerischen Mehrwerts wird zurzeit erarbeitet. Der einzige Handlungsspielraum der Stadt Zürich im Bereich der Steuereinnahmen beschränkt sich auf die jährliche Festsetzung des Steuerfusses.

Gesunde Finanzen und eine hohe Lebensqualität sind zwei Faktoren, die sich gegenseitig bedingen. Investitionen in die städtische Infrastruktur bieten Gewähr, dass Zürich als Wohn- und Arbeitsort für alle Gesellschaftsschichten attraktiv bleibt. Eine gut durchmischte Gesellschaft mit einem Mindestmass an sozialer und ökonomischer Sicherheit stellt die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg dar. Der wirtschaftliche Erfolg führt dazu, dass genügend Steuersubstrat für die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur zur Verfügung steht.

Zürich kann es sich aber nicht leisten, auf dem Erreichten auszuruhen. Unsere Stadt muss mit neuen Massnahmen auf drohende Einnahmeausfälle reagieren können. Steuergeschenke für juristische Personen führen zwangsläufig zu einer noch stärkeren Belastung des erwerbstätigen Mittelstandes. Diese politischen Weichen werden zwar auf Bundes- und Kantonebene gestellt – die Konsequenzen tragen aber in erster Linie die Gemeinden. Mittel- bis langfristig muss die Stadt Zürich den politischen Druck aufrechterhalten, damit natürliche

und juristische Personen gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihren angemessenen Beitrag an die Kosten des Gemeinwesens leisten. Eine noch stärkere Verschiebung der Steuerlast von den juristischen zu den natürlichen Personen ist nicht nur politisch stossend. Sie erhöht die Ungleichheit, reduziert die Kaufkraft und schadet letztlich der gesamten Volkswirtschaft.

3. FAZIT

Der Stadt Zürich geht es grundsätzlich gut. Gleichzeitig stehen wir gerade in wirtschaftlicher Hinsicht vor enormen Herausforderungen: Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung verändern den Arbeitsmarkt grundsätzlich. Wir wissen heute noch nicht, wohin uns diese Entwicklung führen wird. Global drohen Klimawandel und ökologischer Kollaps. Die SP ist der Meinung, dass die Stadt Zürich als Wirtschaftszentrum, als Hochschulstandort und als Labor für neue Ideen das Know-How hat, unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft auf lokaler Ebene ist ein erster Schritt in diese Richtung. Was die Wirtschaftsförderung angeht, setzen wir auf Innovation und Mikrokredite – und nicht auf Steuerdumping

und Tieflöhne. Die SP befürwortet die Personenfreizügigkeit, aber nur, wenn auch das „Vor-Orts-Prinzip“ konsequent durchgesetzt wird. Ebenfalls zentral für uns ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer_innen. Es darf nicht sein, dass die Arbeitnehmenden – ohne dass man sie auch nur einmal gefragt hätte – alle negativen Aspekte von Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung tragen müssen. In allen Branchen braucht es Formen der Mitsprache und Mitbestimmung für die Beschäftigten. Um Arbeitslosigkeit zu verhindern, benötigen wir eine Weiterbildungsoffensive – auch für Arbeitnehmer_innen über 50. In vielen der genannten Bereiche geht die Stadt Zürich bereits mit gutem Beispiel voran: Dies soll auch weiterhin so sein.

Verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich am 25. Oktober 2017

Sozialdemokratische Partei
Stadt Zürich

Gartenhofstrasse 15

8004 Zürich

Telefon 044 578 10 00

www.spzuerich.ch